Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Ziele des Bundesrates 2019

Band II

Die Ziele des Bundesrates 2019 – Band II

Bundesratsbeschluss vom 31. Oktober 2018

Einleitung 3

Bundeskanzlei 4

Departement für auswärtige Angelegenheiten 6

Departement des Innern 10

Justiz- und Polizeidepartement 13

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport 15

Finanzdepartement 17

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung 20

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation 24

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei
ISSN: 1422–4518
Art.-Nr. 104.614.d

Vertrieb: BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3000 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Publiziert auch im Internet: www.admin.ch

Einleitung

Gemäss Artikel 51 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997 (RVOG) planen die Departemente ihre Tätigkeiten im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrates (Legislaturplanung, Jahresziele). Die Bundeskanzlei unterstützt den Bundesrat bei diesen Planungs- und Koordinationsarbeiten (vgl. Art. 30, 32 RVOG).

Die jährliche Planung der Departemente berücksichtigt nicht nur die eigenen Ziele, sondern auch die Ziele des Bundesrates für das entsprechende Jahr. Für die Festlegung ihrer eigenen Ziele sind die Departemente selber verantwortlich. Den Departementen steht es folglich frei, die Ziele des Bundesrates innerhalb des gesetzten Rahmens zu konkretisieren oder sie ohne Änderungen in den departementalen Katalog aufzunehmen. Ebenso wird der Katalog der Jahresziele des Bundesrates um zusätzliche, hauptsächlich in den Zuständigkeitsbereich der Departemente fallende Geschäfte, erweitert.

Die inhaltliche Abstimmung der Ziele spiegelt sich auch in der Form ihrer Präsentation im vorliegenden Dokument wider. Damit sich die Kommunikation auf Regierungs- und Departementsebene einfacher gestaltet, wurde eine einheitliche und zusammenfassende Darstellung der Ziele der Departemente und der zu ihrer Umsetzung vorgesehenen Massnahmen gewählt. Auf diese Weise kann ein schneller Überblick über die geplanten Aktivitäten gewonnen werden.

Die Jahresziele 2019 der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei bilden die Grundlage für den Geschäftsbericht des Bundesrates 2019 – Band II, den der Bundesrat im Frühjahr 2020 verabschieden wird.

Zeichenerklärung:
***** basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2019 – Band I

Bundeskanzlei

Ziel 1: Optimierung von Organisation und Abläufen

- Die Abwicklung von Geschäften des Bundesrates innerhalb der Verwaltung und mit den Parlamentsdiensten wird weiter optimiert (z.B. Klärung und Abbau von Schnittstellen) und digitalisiert.
- Es wird eine für die ganze Bundesverwaltung verbindliche Software für Übersetzungsdienstleistungen als IKT-Standard eingeführt.
- Eine Analyse zu Chancen und Risiken einer Überführung der vielfältigen Leitfäden und Hilfsmittel der Bundeskanzlei auf digitale und interaktive Plattformen liegt bis Ende des 2. Quartals 2019 vor.
- Die Prozesse und Zuständigkeiten in der Krisenkommunikation auf Stufe Bund sind bis zum 2. Quartal 2019 eingespielt.

Ziel 2: Fristgerechte und korrekte Durchführung der eidgenössischen Wahlen 2019

- Die Wahlanleitung für die Nationalratswahlen wird den Kantonen fristgerecht zur Weiterleitung an Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zur Verfügung gestellt.
- Das Erklärvideo zu den Nationalratswahlen ist ab Mai 2019 im Internet verfügbar.
- Der Wahlbericht zu den Gesamterneuerungswahlen Nationalrat 2019 ist dem Bundesrat fristgerecht unterbreitet.

Ziel 3: Termin- und inhaltsgerechte Umsetzung der strategischen Projekte

- Der Antrag für die Gesamterneuerungswahlen der ausserparlamentarischen Kommissionen ist dem Bundesrat bis Ende November 2019 vorgelegt.
- Der Bundesrat hat bis Anfang November 2019 den 1. Entwurf der Botschaft zur Legislaturplanung 2019–2023 verabschiedet.
- Aus der Evaluation der SFU 17 resultierende Aufträge sind bis Mitte 2019 erfüllt.
- Die Konzeptphase für die Erneuerung der Informationsplattform der Bundesverwaltung (News Service Bund) ist bis Ende 2019 abgeschlossen.

Ziel 4: GEVER Bund/IKT-Schlüsselprojekt GENOVA

- Die GEVER-Geschäftsstrategie des Bundes 2020–2024 ist in Zusammenarbeit mit den Departementen erarbeitet und bis Ende Juli 2019 von der Generalsekretärenkonferenz genehmigt.
- Die revidierte GEVER-Verordnung ist vom Bundesrat bis Ende März 2019 verabschiedet.
- Die Geschäftsorganisation GEVER Bund ab 2020 ist zusammen mit dem zum Betrieb der Geschäftsorganisation GEVER Bund notwendigen Ressourcenantrag vom Bundesrat bis Ende März 2019 genehmigt.

- Das IKT-Schlüsselprojekt zur Einführung der neuen GEVER-Anwendung GENOVA erreicht die gemäss Programmmanagementplan vorgesehenen Ziele 2019; dazu gehört insbesondere die Unterstützung der departementalen Einführungsprojekte und die Vorbereitung der Übergabe der Betriebstätigkeit an den IKT-Standard-dienst GEVER.

Ziel 5: Weiterführung der Strategie im Bereich Vote électronique

- Die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (BPR) ist bis Ende des 3. Quartals 2019 erarbeitet und dem Bundesrat vorgelegt. *
- Die Einführung der vollständigen Verifizierbarkeit der neuen E-Voting-Systeme ist aktiv begleitet. Diese gewährleistet, dass systematische Fehlfunktionen infolge von Softwarefehlern, menschlichen Fehlleistungen oder Manipulationsversuchen im gesamten Wahl- bzw. Abstimmungsablauf dank unabhängiger Mittel erkannt werden.
- Die Kantone werden beim Einsatz von E-Voting anlässlich der Nationalratswahlen 2019 unterstützt.

Ziel 6: Beschaffung der Nachfolgesysteme www.egovernment.ch und www.ch.ch

- Die Initialisierung und die Konzeption für die Beschaffung der Nachfolgesysteme für die Plattformen www.egovernment.ch und www.ch.ch sind realisiert.

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Ziel 1: Die Schweiz erneuert und entwickelt ihre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur EU

- Die Verhandlungen für ein institutionelles Abkommen sind abgeschlossen. Der Bundesrat hat die entsprechende Botschaft verabschiedet. *
- Die bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU sind umgesetzt, aktualisiert und fallweise weiterentwickelt. *
- Der Bundesrat hat – unter Vorbehalt der Genehmigung des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Mitgliedsstaaten durch das Parlament – bilaterale Rahmenabkommen zur Umsetzung des Beitrags mit den Partnerländern genehmigt. *
- Der Bundesrat hat – unter demselben Vorbehalt – eine rechtlich nicht verbindliche gemeinsame Verständigung (Memorandum of Understanding MoU) mit der EU getroffen, welche die Prinzipien und Eckwerte des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten festhält.
- Entsprechend dem Fortgang der Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich wurden Beschlüsse gefasst und allenfalls Botschaften über die künftigen bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zum Stromabkommen mit der EU *nach Möglichkeit* verabschiedet. *
- Die Teilnahme der Schweiz am EU-Rahmenprogramm «Creative Europe» wird angestrebt. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Teilnahme der Schweiz an der Agentur für das Europäische Globale Navigationssatellitensystem (GNSS GSA) verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu den Abkommen Prüm und Eurodac eröffnet.
- Der Bundesrat hat den Bericht über den Stand der Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union (in Erfüllung des Po. Aeschi 13.3151 und des Po. Grüne Fraktion 14.4080) gutgeheissen. *
- Der Bundesrat hat einen Grundsatzentscheid gefällt über die Aufnahme von Verhandlungen mit der EU im Hinblick auf ein Abkommen über die Beteiligung der Schweiz mit zivilen Beiträgen an Friedensförderungseinsätzen der EU.

Ziel 2: **Die Schweiz stärkt ihr Engagement für die internationale Zusammenarbeit und baut ihre Rolle als Gastland internationaler Organisationen aus**

- Im Rahmen der Umsetzung der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 hat der Bundesrat Kernbeiträge an mehrere für die Schweiz prioritäre multilaterale Organisationen beschlossen, namentlich an den Green Climate Fund (GCF), die Beratungsgruppe für internationale Agrarforschung (CGIAR), den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) sowie das Gemeinsame Programm der Vereinten Nationen zu HIV / AIDS (UNAIDS). *
- Die zuständigen Stellen haben auf der Grundlage der vom Bundesrat beschlossenen Eckwerte einen Entwurf der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 erarbeitet und mit den interessierten Stellen konsultiert.
- Die DEZA hat innovative Ansätze in Zusammenarbeit mit dem Privatsektor ausgebaut.
- Überprüfungen von entwicklungspolitischen Vorhaben unter Beizug von externen, unabhängigen Expertinnen und Experten messen die Wirksamkeit der internationalen Zusammenarbeit der Schweiz und zeigen auf, welche Lehren aus Misserfolgen gezogen werden.
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Gewährung eines Darlehens zur Renovation des Sitzes der Internationalen Fernmeldeunion (UIT) in Genf verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zu den Massnahmen zur Stärkung der Gaststaatpolitik der Schweiz 2020–2023 verabschiedet. *

Ziel 3: **Die Schweiz stärkt ihr Engagement für Frieden und Sicherheit und liefert entscheidende Impulse für eine gerechte und dauerhafte internationale Ordnung**

- Der Bundesrat verabschiedet den Bericht über die Menschenrechtsaussenpolitik der Schweiz 2015–2018 als Anhang zum Aussenpolitischen Bericht 2018. *
- Der Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte wird aktualisiert.
- Die Schweiz setzt die Empfehlungen der Neubewertung des Rohstoffsektors um, indem sie 2019 insbesondere den Vorsitz der Freiwilligen Grundsätze für Sicherheit und Menschenrechte übernimmt.
- Die Schweiz beteiligt sich im Rahmen der 4. Überprüfungskonferenz zum Ottawa-Übereinkommen an der Erarbeitung des Fünfjahresplans (2020–2024), der die Vertragsstaaten des Personenminenübereinkommens bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen unterstützen soll.
- Die Schweiz organisiert Regionalkonferenzen zur Identifizierung der Bedürfnisse und Herausforderungen in der sicheren und gesicherten Verwaltung von Munition im Hinblick auf die für 2020 vorgesehene Diskussion im Rahmen der UNO.

Ziel 4: **Die Schweiz fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern**

- Im Nachgang der EDA Konferenz zur Rolle des Privatsektors für die ökonomische Partizipation von Frauen hat das EDA die Kooperation mit ausgewählten Privatsektor-Akteuren der Schweiz zu Geschlechtergleichstellung in der internationalen Zusammenarbeit gestärkt.
- Das EDA hat eine Überprüfung zur Umsetzung der EDA Strategie zu Geschlechtergleichstellung und Frauenrechten vorgenommen.

Ziel 5: **Die Schweiz engagiert sich unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit und Neutralität aktiv für die internationale Stabilität und die Wahrung der Menschenrechte**

- Nach dem Entscheid des Bundesrats, den Kernwaffenverbotsvertrag (TPNW) vorerst nicht zu unterzeichnen, unterstreicht die Schweiz ihr Engagement in den relevanten Foren der nuklearen Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung, insbesondere im Rahmen des NPT.

Ziel 6: **Engagement für eine bessere globale Gouvernanz und Förderung von Genf als Standort für internationale Organisationen und Veranstaltungen**

- Das EDA hat sein Engagement im Bereich Rechtsstaatlichkeit verstärkt und fördert insbesondere in fragilen Kontexten die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht.
- Das SECO hat in enger Koordination mit der DEZA die Botschaft zur Kapitalisierung der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) und der Internationalen Finanz-Corporation (IFC) der Weltbank-Gruppe erarbeitet. *

Ziel 7: **Die Schweiz steuert die Migration und nutzt deren wirtschaftliches und soziales Potenzial**

- Die DEZA hat ihr Engagement in der Bekämpfung der Ursachen erzwungener Migration durch langfristig ausgerichtete Projekte und Programme verstärkt.

Ziel 8: **Die Schweiz engagiert sich unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit und Neutralität aktiv für die internationale Stabilität**

- Der Bundesrat setzt sich ein für die Wahrung der Unabhängigkeit und Sicherheit der Schweiz; er engagiert sich namentlich für die Linderung von Not und Armut in der Welt, die Achtung der Menschenrechte, die Förderung der Demokratie sowie für ein friedliches Zusammenleben der Völker. Der Bundesrat hat im ersten Halbjahr 2019 die Botschaft zur Genehmigung der Änderungen vom 14. Dezember 2017 des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs verabschiedet. *

- An der 33. Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondkonferenz in Genf Ende 2019 engagiert sich das EDA für das humanitäre Völkerrecht, insbesondere im Rahmen des zwischenstaatlichen Prozesses zur Stärkung der Achtung des humanitären Völkerrechts.
- Die Schweiz setzt sich aktiv dafür ein, dass die Staaten das Völkerrecht bei der Terrorismusbekämpfung beachten und dass humanitäre Organisationen weiterhin unparteiische humanitäre Hilfe und Schutz leisten können.
- Die Schweiz setzt sich im Rahmen ihres Ko-Vorsitzes der Arbeitsgruppe «Strafjustiz und Rechtsstaatlichkeit» des Globalen Forums gegen den Terrorismus (GCTF) dafür ein, dass internationale Empfehlungen zu Administrativmassnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus ausgearbeitet und auf Ministerebene verabschiedet werden. Die Schweiz strebt zudem die Erneuerung ihres Ko-Vorsitzes für den Zeitraum von 2020–2021 an.
- Im Rahmen ihrer Initiative für transparente und rechtstaatliche Verfahren beim Erlass und der Überprüfung von UNO-Sanktionen unterbreitet die Schweiz zusammen mit der Gruppe der gleichgesinnten Staaten neue Vorschläge an die UNO.
- Das EDA koordiniert und unterstützt die aussen- und sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz im Cyber-Raum. Es setzt sich für einen freien, sicheren und offenen Cyber-Raum ein. Das EDA gestaltet internationale Prozesse aktiv mit, stärkt die internationale Kooperation, engagiert sich im Auf- und Ausbau von Cyber-Kapazitäten, verstärkt den Dialog mit ausgewählten Partnern (Staaten, internationale Organisationen, nichtstaatliche Akteure) setzt sich für die Anerkennung, Einhaltung und Durchsetzung des Völkerrechts im Cyber-Raum ein (z.B. mittels Expertengesprächen).
- Das EDA trägt im Rahmen der Strategie «digitale Schweiz» zum Aufbau eines internationalen Netzwerkes bei, das Rechtsmechanismen zur Durchsetzung der digitalen Selbstbestimmung und zum Schutz demokratischer Prozesse auf der internationalen Ebene entwickelt.

Ziel 9: Die Schweiz leistet ihren Beitrag zu einer tragfähigen Wirtschaftsordnung und sichert der Schweizer Wirtschaft den Zugang zu internationalen Märkten

- Der Bundesrat entscheidet über den Auftritt des House of Switzerland an den Olympischen und Paralympischen Winterspielen 2022 in Peking. *

Departement des Innern

Ziel 1: Erhöhung des Gesundheitsschutzes, Förderung der Lebensqualität und Stärkung der Chancengleichheit

- Der Bundesrat hat die Verordnung zum Bundesgesetz über den Schutz vor Gefährdungen durch nichtionisierende Strahlung und Schall (V-NISSG) verabschiedet und über die Inkraftsetzung des Gesetzes entschieden.
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Betäubungsmittelgesetzes (Pilotversuche mit Cannabis) verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einem Erlass betreffend den erleichterten Umgang mit Cannabis zu medizinischen Zwecken eröffnet. *
- Der Bundesrat hat die Ergebnisse der Vernehmlassung zum Vorentwurf des Bundesgesetzes über die Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden. *
- Der Bundesrat hat über die Inkraftsetzung der Verordnung über Integrität und Transparenz im Heilmittelbereich sowie die Anpassung der Verordnung über die Krankenversicherung entschieden. Die Umsetzung dieser Verordnungsbestimmungen bedingt den Aufbau einer neuen Vollzugsorganisation beim Bundesamt für Gesundheit.
- Der Bundesrat hat die Evaluationsergebnisse zum Humanforschungsgesetz zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.
- Der Bundesrat hat den Bericht «Überprüfung der Finanzierung der Prämienverbilligung» (in Erfüllung des Po. Humbel 17.3880) gutgeheissen. *

Ziel 2: Eindämmung des Kostenwachstums, Erhöhung der Versorgungsqualität und der Transparenz im Gesundheitswesen

- Der Bundesrat hat die Ausführungsbestimmungen des Gesundheitsberufegesetzes (GesBG, Verordnung über die berufsspezifischen Kompetenzen, Verordnung über das Gesundheitsberuferegister sowie die Gesundheitsberufeanerkennungsverordnung) verabschiedet und über die Inkraftsetzung des Gesetzes entschieden.
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Genehmigung der Organhandelskonvention und zur Änderung des Transplantationsgesetzes verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 1) verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat das bilaterale Abkommen im Bereich der öffentlichen Gesundheit mit der EU *nach Möglichkeit* unterzeichnet. *
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes vom 18 März 1994 über die Krankenversicherung (Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 2) eröffnet. *

- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Totalrevision der Medizinprodukteverordnung (MepV) eröffnet. *
- Der Bundesrat hat eine aktualisierte Gesundheitsstrategie «Gesundheit2030» verabschiedet. *

Ziel 3: Reform der Sozialwerke

- Die Botschaft zur Stabilisierung der AHV (AHV21) ist verabschiedet. *
- Die Eckwerte zur Reform des BVG sind festgelegt. *
- Der Bundesrat hat den Bericht «Kinderrenten der ersten Säule vertieft analysieren» (in Erfüllung des Po. SGK-S 16.3910) gutgeheissen. *
- Die Botschaft zur Modernisierung der Aufsicht in der 1. Säule ist verabschiedet. *

Ziel 4: Generationenpolitik

- Die Teilrevision der Verordnung über Finanzhilfen für familienergänzenden Kinderbetreuung ist verabschiedet.

Ziel 5: Gesellschaftlicher Zusammenhalt und kulturelle Beziehungen

- Die Teilnahme der Schweiz am EU-Rahmenprogramm «Creative Europe» wird angestrebt. *
- Die Vernehmlassung betreffend Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021–2024 (Kulturbotschaft) ist durchgeführt. *
- Die interdepartementale Strategie zur Baukultur ist verabschiedet.
- Die Konvention des Europarates zum Kulturerbe und das Übereinkommen der UNESCO über den Schutz des Unterwasser-Kulturerbes sind ratifiziert.
- Der Bundesrat hat den Bericht «Inklusives Arbeitsumfeld im Lichte der Digitalisierung» (in Erfüllung des Po. Bruderer Wyss 16.4169) gutgeheissen. *

Ziel 6: Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann und Bekämpfung der geschlechtsspezifischen Gewalt

- Die Verordnung über Massnahmen zur Verhütung von Straftaten im Zusammenhang mit Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ist verabschiedet. *
- Die Resultate der Pilotphase für ein Instrument zur Überprüfung der Lohngleichheit bei Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitenden liegen vor.
- Ein Pilotprojekt mit dem Ziel, im Rahmen von Veranstaltungen bei den Referierenden eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter zu erreichen (Projekt Panel und Parität), wurde departementsintern durchgeführt.

Ziel 7: Stärkung der Tiergesundheit und Lebensmittelsicherheit

- Die Botschaft zur Änderung des Tierseuchengesetzes ist verabschiedet. *
- Die Vernehmlassung zur Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Lebensmittelgesetz ist ausgewertet.
- Der Bundesrat hat den Bericht «Obligatorische Deklaration der Herstellungsmethoden von Nahrungsmitteln» (in Erfüllung des Po. WBK-SR 17.3967) gutgeheissen. *
- Der Bundesrat hat den Bericht «Achtung, Gefahr! Aluminiumsalze in Deodorants» (in Erfüllung des Po. Mazzone 16.3762) gutgeheissen. *

Ziel 8: Sicherstellung und Weiterentwicklung der Statistikproduktion und Verbesserung des Zugangs zu Behördendaten

- Im Rahmen der Weiterentwicklung der Bundesstatistik ist das Statistische Mehrjahresprogramm des Bundes 2020–2023 zuhanden des Bundesrats erstellt.
- Die Revision der Schweizer Berufsnomenklatur ist abgeschlossen.
- Der Online-Zugang zum Bundesarchiv wird 2019 freigeschaltet. Auf der neuen Webplattform kann die Öffentlichkeit im Archivgut des Bundes suchen und Unterlagen selbstständig herunterladen.
- Umsetzung der Open-Government-Data-Strategie 2019–2023 gemäss Massnahmenplan.

Ziel 9: Bereitstellung klimatologischer Gefährdungsgrundlagen für die Schweiz

- Der Auftrag zum Projekt «Hagelklima Schweiz» ist erteilt.

Ziel 10: Strukturelle Reformen

- Weiterführung der Umsetzung der strukturellen Reformen im EDI gemäss Entscheid des Bundesrates vom 29. August 2018.

Justiz- und Polizeidepartement

Ziel 1: Migration und Integration

- Der Bundesrat hat die Botschaft zu den erworbenen Ansprüchen und gegebenenfalls zur Auffanglösung im Falle eines Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU ohne Vertrag (« Cliff Edge») verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die ersten bilateralen Abkommen zur Umsetzung des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Staaten (Rahmenkredit Migration) abgeschlossen. *
- Die Änderungen der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA) und der Asylverordnung 2 (AsylV 2) sind vom Bundesrat verabschiedet. *
- Die neue Strategie der integrierten Grenzverwaltung ist vom Bundesrat verabschiedet. *
- Das beschleunigte Verfahren gemäss dem revidierten Asylgesetz (AsylG) wird angewandt und die Bundesasylzentren sind in Betrieb.
- Die Schweiz hat sich auf europäischer Ebene für eine solidarische Teilung der Verantwortung im Asylwesen in Europa eingesetzt.

Ziel 2: Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität

- Der Bundesrat hat die Botschaft zu den neuen gesetzlichen Grundlagen für polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus (PMT) verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesgesetz über Vorläuferstoffe für explosionsfähige Stoffe verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die kriminalstrategischen Prioritäten für die Jahre 2020–2023 zur Kenntnis genommen.
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision der Strafprozessordnung verabschiedet.
- Die Botschaft zur Weiterentwicklung SIS II ist vom Bundesrat verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einer Änderung des Strafgesetzbuches für mehr Sicherheit bei gefährlichen Tätern (in Erfüllung der Mo. Rickli 11.3767, RK-N 16.3002, Caroni 16.3142, Guhl 17.3572) eröffnet.

Ziel 3: Internationale Zusammenarbeit im Justiz- und Polizeibereich

- Die der Schweiz notifizierten Weiterentwicklungen des Schengen- und Dublin-Besitzstandes sind fristgerecht übernommen und umgesetzt, oder die EU hat eine allfällige Fristüberschreitung akzeptiert.
- Der Bundesrat hat über das Inkrafttreten des geänderten Waffengesetzes (Umsetzung der angepassten EU-Waffenrichtlinie) und dessen Verordnung entschieden. *

- Der Bundesrat hat den Bericht über den Datenaustausch zwischen dem Grenzwachtkorps und den kantonalen Polizeibehörden sowie zwischen den kantonalen Polizeibehörden (in Erfüllung des Po. Schläfli 15.3325, übernommen von NR Romano) gutgeheissen.
- Die Vernehmlassung zu den Abkommen mit der EU betreffend die Beteiligung an der Prümer Zusammenarbeit und Zugang der Schweizer Strafverfolgungsbehörden auf Eurodac sowie zum Abkommen mit den USA zum Austausch von Fingerabdruck- und DNA-Daten zur Bekämpfung von Schwerkriminalität («Preventing and Combating Serious Crime» PCSC) ist eröffnet.
- Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zu einer Änderung des Bundesgesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen (Rechtshilfegesetz, IRSG) zur Kenntnis genommen und gegebenenfalls eine Botschaft verabschiedet. *

Ziel 4: Gesellschaftlicher Zusammenhalt

- Die Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative „Ja zum Verhüllungsverbot» ist vom Bundesrat verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zu einer Änderung des Zivilgesetzbuches: Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat den Bericht zu einer Evaluation der im ZGB aufgenommenen Massnahmen gegen Zwangsheiraten gutgeheissen.
- Die Botschaft zu einer Änderung des Bundesgesetzes über das internationale Privatrecht (internationales Erbrecht) ist vom Bundesrat verabschiedet.
- Die Inkassohilfeverordnung ist vom Bundesrat verabschiedet.

Ziel 5: Staatliche Institutionen

- Der Bundesrat hat die Botschaft für eine Verfassungsänderung zur Einführung des obligatorischen Referendums für völkerrechtliche Verträge mit verfassungsmässigem Charakter (Umsetzung der Mo. Caroni 15.3557; Ergänzung von Art. 140 der Bundesverfassung) verabschiedet.
- Der Bundesrat hat die Botschaft zu einer Revision der Zivilprozessordnung verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einem Bundesgesetz über die elektronische Kommunikation mit Gerichten und Behörden (BEK-Gesetz) eröffnet.

Ziel 6: Wirtschaftsstandort Schweiz

- Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zu einer Änderung des Zivilgesetzbuches (Unternehmensnachfolge im Erbrecht) zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zu einer Änderung des Zivilgesetzbuches: Öffentliche Beurkundung (elektronische öffentliche Urschrift) verabschiedet. *
- Das Protokoll zur Änderung des Übereinkommens zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten ist vom Bundesrat unterzeichnet.

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Ziel 1: Umsetzung Weiterentwicklung der Armee (WEA) und weitere wichtige Projekte und Vorhaben des VBS

- Das System der abgestuften Bereitschaft der Armee ist einsatzbereit. Die Fähigkeit zur Mobilisierung der Milizformationen mit hoher Bereitschaft ist erlangt. Einsätze sind erfolgreich und zur Zufriedenheit der Zivilbevölkerung geleistet.
- Die Umsetzung des Personalabbaus und –umbaus ist planmässig erfolgt.
- Die Lücken bei der Alimentierung der Armee mit höheren Kadern und Spezialisten ist verkleinert.
- Programm Führungsinfrastruktur, Informationstechnologie und Anbindung an die Netzinfrastruktur der Armee (FITANIA):
  - Projekt Rechenzentren VBS/Bund: Innenausbau und Inbetriebnahme der Rechenzentren CAMPUS und FUNDAMENT sind erfolgt.
  - Projekt Führungsnetz Schweiz: Die weitere Härtung Backbone, die Anbindung von Nutzerstandorten sowie die laufende Erneuerung von Netzwerkkomponenten inklusive Upgrade auf grössere Bandbreiten sind realisiert.
  - Projekt Telekommunikation der Armee: Die Beschaffungsvorbereitung für die taktischen Funkgeräte und Umsysteme ist erfolgt.
- Der Ausbau der Interventionsfähigkeit des Luftpolizeidienstes in Richtung 24 Stunden pro Tag ist erfolgt. Die Erweiterung der Bereitschaft auf 06:00–22:00 täglich, inklusive Wochenende und Feiertage, ist realisiert.
- Programm Air2030 – Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraumes: Die Flugerprobung des Neuen Kampfflugzeuges (NKF) in der Schweiz hat stattgefunden. Die Vorevaluation für den Umsetzungsschritt 1 der Bodengestützten Luftverteidigung (Bodluv) ist erfolgt.
- Die festgelegten Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten im Bereich Cyber Defence auf strategischer Ebene sind geklärt und die Arbeiten werden entsprechend ausgeführt.
- Die Machbarkeitsprüfung der Migration der IKT-Verwaltungsdienstleistungen von der Führungsunterstützungsbasis der Armee (FUB) zum Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) liegt vor.
- Der Bundesrat hat über das Umsetzungskonzept zur Entflechtung VBS/RUAG entschieden. *
- Im Rahmen der Bereinigung von Altlasten wird die Arbeitsgruppe zum ehemaligen Munitionslager Mitholz sachgemäss unterstützt und sämtliche Aktivitäten sind gesamthaft gesteuert.
- Die im Rahmen der Strukturellen Reformen definierten Massnahmen der Kategorien A und B sowie die Effizienzsteigerungen gemäss Bundesratsbeschluss vom 8. November 2017 werden weiterverfolgt bzw. umgesetzt.

Ziel 2: **Beschaffungsmanagement VBS und Immobilien**

- Die technische und organisatorische Umsetzung der revidierten Verordnung über die Organisation des öffentlichen Beschaffungswesens der Bundesverwaltung (Org-VöB) ist abgeschlossen.
- Die der Rüstungspolitik nachgelagerte Strategie ist erarbeitet und durch den Chef VBS genehmigt.
- Der Bundesrat hat über die erste Serie der Objektblätter zum Sachplan Militär (SPM) entschieden. *

Ziel 3: **Sicherheitspolitik / Sicherheitsverbund Schweiz (SVS)**

- Die Sicherheitsverbundsübung 2019 (SVU 19) ist gemäss Detailkonzept durchgeführt. Erste Auswertungen liegen vor und sind kommuniziert.
- Die Umsetzung der Aufträge aus der Auswertung der Strategischen Führungsübung 2017 (SFU 17) ist planmässig erfolgt.
- Der Bundesrat hat den Bericht «Innovation und Sicherheit: ein Tandem, das für den Wohlstand und die Unabhängigkeit der Schweiz entscheidend ist» (in Erfüllung des Po. Golay 17.3243) sowie den Bericht «Griffige Instrumentarien gegen Gewaltextremisten» (in Erfüllung des Po. Glanzmann-Hunkeler 17.3831) gutgeheissen. *

Ziel 4: **Bevölkerungsschutz und Zivilschutz**

- Die Bevölkerungs- und Zivilschutzverordnung ist durch den Bundesrat verabschiedet. *
- Das weitere Vorgehen zum Pilotprojekt mobile breitbandige Sicherheitskommunikation (MSK) ist durch den Bundesrat festgelegt. *
- Das revidierte Dosis-Massnahmen-Konzept (DMK) ist durch den Bundesrat verabschiedet. *

Ziel 5: **Sportförderung und Rechtsgrundlagen im Bereich Sport**

- Die revidierte Risikoaktivitätenverordnung ist durch den Bundesrat verabschiedet. *
- Die Umsetzung der Massnahmen im Rahmen des Aktionsplans Sportförderung des Bundes ist planmässig erfolgt.
- Der Bundesrat hat die Berichte «Stärkeres und koordiniertes Engagement des Bundes für den Sport, den Spitzensport und den leistungsorientierten Nachwuchssport» (in Erfüllung des Po. Hêche 16.4085) und «Möglichkeiten zur Unterstützung von obligatorischen Schulsportlagern» (in Erfüllung des Po. Campell 18.3053) gutgeheissen. *

Ziel 6: **Landestopografie swisstopo**

- Das Projekt zum flächendeckenden Aufbau des digitalen, dreidimensionalen, topografischen Landschaftsmodells für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein ist abgeschlossen.

Finanzdepartement

Ziel 1: Der Bund hält seinen Haushalt im Gleichgewicht und garantiert effiziente staatliche Leistungen

- Der Bundesrat hat über die Finanzpolitischen Prioritäten 2020–2028 materiell entschieden. *
- Der Bundesrat hat Massnahmen umgesetzt, die er im Rahmen der Strukturellen Reformen beschlossen hat. Er hat die Reformen weiter konkretisiert und in der Staatsrechnung über den Stand der Umsetzung Bericht erstattet. *
- Die Massnahmen zur Effizienzsteigerung im Bereich Hochbau (Teilvorhaben der Strukturellen Reformen) sind dem Bundesrat unterbreitet worden.
- Im Bereich Liegenschaften der EZV sind die Detailkonzeptionen und die Umsetzungsplanung erstellt sowie der Verkauf der Ferienwohnungen der Wohlfahrtskasse vorbereitet (Teilvorhaben der Strukturellen Reformen).
- In den Bereichen Unterbringung und Logistik sind weitere Abklärungen vorgenommen und Alternativen geprüft worden, welche zu einer kostengünstigeren Produktion führen (Teilvorhaben der Strukturellen Reformen).
- Der Bundesrat hat eine Botschaft zur Änderung des Finanzhaushaltgesetzes verabschiedet. Er setzt damit eine Motion (16.4018) um, die eine Rechnungslegung fordert, welche der tatsächlichen Finanz- und Ertragslage entspricht. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Modernisierung der Supportprozesse (Programme SUPERB23 und ERP Systeme V/ar) verabschiedet. * Die Prototyp-Systeme stehen für erste Tests zur Verfügung.
- Der Bundesrat hat die IKT-Strategie des Bundes 2020–2023 verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Personalstrategie Bundesverwaltung 2020–2023 verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat den Bericht «Für effiziente zentrale Beschaffungsstellen» (in Erfüllung des Po. Golay 16.4074) gutgeheissen. *
- Harmonisierung des Zahlungsverkehrs in der Bundesverwaltung: Ein fachliches und ein technisches Konzept zum eingehenden Einzahlungsschein mit QR-Code sind erstellt.

Ziel 2: Die Schweiz sorgt für bestmögliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Inland und unterstützt so ihre Wettbewerbsfähigkeit

- Der Bundesrat hat Kenntnis genommen vom Vernehmlassungsergebnis und die Botschaft verabschiedet zum Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG). *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zu einer Änderung des Bankengesetzes (Einlagensicherung) verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung eröffnet und die Botschaft verabschiedet zu einer Revision des Kollektivanlagengesetzes betreffend Bestimmungen zu erleichterten Bewilligungsverfahren von «Limited Qualified Investor Funds (L-QIF)». *

- Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden und gegebenenfalls die Vorlagen zuhanden des Parlaments verabschiedet betreffend Umbau der Verrechnungssteuer und Revision der Stempelabgaben. *
- Der Bundesrat hat den dritten «Too big to fail»-Evaluationsbericht verabschiedet und über allfällige Massnahmen entschieden. *
- Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis genommen und die Verordnungen zum Finanzdienstleistungs- und zum Finanzinstitutsgesetz verabschiedet. *
- Die Klärung der Rollen und Kompetenzen von EFD und FINMA in der Regulierung und Stärkung der Gouvernanz der Aufsicht wird entscheidend vorangebracht; die Verbesserungen betreffend Information, Koordination und Zusammenarbeit sind umgesetzt und werden in der Praxis gelebt.
- Der Bundesrat hat den Bericht «Transparenz über Regulierungskosten durch Finma-Rundschreiben» (in Erfüllung der Po. Germann 17.3620 und Vogler 17.3566) gutgeheissen. *
- Der Bundesrat hat den Bericht «Prüfung einer allfälligen gesetzlichen Regelung von Trusts» (in Erfüllung des Po. FDP – Liberale Fraktion 15.3098) gutgeheissen. *
- Der Bundesrat hat den Bericht «Bessere Absicherung der Freizügigkeitsguthaben» (in Erfüllung des Po. SGK-N 17.3634) gutgeheissen. *
- Der Bundesrat hat den Bericht «Welchen Einfluss haben schweizerische Regulierungen auf Investitionsmöglichkeiten hiesiger KMU in Afrika?» (in Erfüllung des Po. Chevalley 17.3842) gutgeheissen. *
- Der Bundesrat hat den Bericht «Besteuerung von Grundstücken im Geschäftsvermögen mit unterschiedlicher Eigentümerschaft» (in Erfüllung des Po. WAK-N 17.3359) gutgeheissen. *
- Der Bundesrat hat den Bericht «Swiss Fund. Ein Beitrag zur Meisterung aktueller Herausforderungen der Schweiz» (in Erfüllung des Po. Pfister Gerhard 15.3243) gutgeheissen. *
- Die Äquivalenzverfahren mit der EU betreffend das grenzüberschreitende Geschäft für professionelle Anleger, die Derivateregulierung und Zentralverwahrer sowie die Ausdehnung des EU-Passes für alternative Fonds auf die Schweiz laufen.

Ziel 3: Die Schweiz sorgt für gute Rahmenbedingungen, damit die Digitalisierung zur Sicherung und zum Ausbau des Wohlstands beitragen kann

- Der Bundesrat hat die E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023 verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung eröffnet zu Gesetzesänderungen betreffend die elektronische Einreichung der Steuererklärung (Umsetzung der Mo. Schmid 17.3371) sowie generell für elektronische Verfahren im Steuerbereich. *
- Der Bundesrat hat den Bericht «Möglichkeiten, Chancen und Risiken der Einführung eines Kryptofrankens» (in Erfüllung des Po. Wermuth 18.3159) gutgeheissen. *
- Das Kompetenzzentrum Cyber im EFD ist aufgebaut und hat den Betrieb mit ersten Mitarbeitenden aufgenommen. Der Dialog mit den Kantonen, der Wirtschaft und der Wissenschaft/Forschung ist institutionalisiert.

Ziel 4: **Die Schweiz leistet ihren Beitrag zu einer tragfähigen Weltwirtschaftsordnung und sichert der Schweizer Wirtschaft den Zugang zu internationalen Märkten**

- Die Finanzbeziehungen zu Grossbritannien sind weiter vertieft worden, um die im Rahmen der EU-Beziehungen bisher auch mit dem UK bestehenden Abkommen und Äquivalenzentscheide auch nach dem BREXIT zu wahren und um die Rahmenbedingungen für den gegenseitigen Zugang zu verbessern.
- Die Schweiz hat am Treffen der Finanzminister und Notenbanken der G20 unter dem Vorsitz Japans teilgenommen und hat aktiv auf eine erneute Teilnahme 2020 hingearbeitet.

Ziel 5: **Die Schweiz stärkt den Zusammenhalt der Regionen und fördert die Verständigung der unterschiedlichen Kulturen und Sprachgruppen**

- Der Bundesrat hat den Evaluationsbericht zur Förderung der Mehrsprachigkeit 2015–2019 genehmigt. *

Ziel 6: **Die Schweiz beugt Gewalt, Kriminalität und Terrorismus vor und bekämpft sie wirksam**

- Der Bundesrat hat Kenntnis genommen vom Vernehmlassungsergebnis und die Botschaft verabschiedet zur Änderung des Bundesgesetzes über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung. *
- Der Bundesrat hat die Umsetzungsplanung zur Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS) 2018–2022 verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat den Bericht «Meldepflicht bei schwerwiegenden Sicherheitsvorfällen bei kritischen Infrastrukturen» (in Erfüllung des Po. Graf-Litscher 17.3475) gutgeheissen. *

Ziel 7: **Weiterentwicklung der IKT des Bundes**

- Der Bundesrat hat die zweite Etappe des Verpflichtungskredits für das «Rechenzentrum CAMPUS» freigegeben. Die zivile Bundesverwaltung hat das neue «Rechenzentrum CAMPUS» in Frauenfeld übernommen und mit der Migration ihrer Informatikinfrastruktur und -systeme begonnen. Die Servicevereinbarungen 2020 zwischen den IKT-Leistungserbringern sind finalisiert.
- Der Bundesrat hat das Zielbild betreffend Betriebsmodell des Rechenzentren-Verbundes 2025 verabschiedet.

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Ziel 1: Die Schweiz bleibt führend in Bildung, Forschung und Innovation, und das inländische Arbeitskräftepotenzial wird besser ausgeschöpft

- Die Stossrichtung für die Ausarbeitung der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2021–2024 (BFI-Botschaft) ist festgelegt und die Darlegung der «Ausgabenbindung» und der «Studiengebühren» gemäss dem bundesrätlichen Beschluss zu den strukturellen Reformen ist erfolgt. *
- Die gemäss «Aktionsplan Digitalisierung» für die Jahre 2019/2020 vom Bundesrat beschlossenen Massnahmen sind eingeleitet bzw. umgesetzt.
- Der Bericht betreffend «Künstliche Intelligenz» ist erarbeitet und dem Bundesrat für seine – im Rahmen der aktualisierten «Digitale Strategie Schweiz» zu treffenden – Entscheide über weitere Umsetzungsmassnahmen unterbreitet.
- Die gemeinsamen bildungspolitischen Ziele von Bund und Kantonen sind verabschiedet.
- Die im Rahmen der Strategie Berufsbildung 2030 erarbeiteten Massnahmen sind in Umsetzung und die daraus resultierenden Prioritäten für die BFI-Botschaft 2021–2024 sind in Abstimmung mit den Verbundpartnern festgelegt.
- Die zur Organisation und Durchführung der Eidgenössischen Berufsmaturitätsprüfungen (EBMP) nötigen rechtlichen Grundlagen sind bereitgestellt. *
- Die Botschaft zu einem neuen Bundesgesetz über die Eidgenössische Hochschule für Berufsbildung (EHB) ist verabschiedet. *
- Die Vernehmlassung zur Teilrevision des ETH-Gesetzes ist ausgewertet und das weitere Vorgehen festgelegt.
- Die Stossrichtung bezüglich der Eigentumsübertragung von ETH-Immobilien ist festgelegt und der Bundesrat hat diesbezügliche eine Aussprache gemäss seinem Beschluss zu den strukturellen Reformen geführt.
- Die Unterlagen für eine Revision des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIFG) betreffend Innosuisse sind erarbeitet und die Vernehmlassung zu einer entsprechenden Gesetzesrevision ist durchgeführt.
- Die Vernehmlassung zur Änderung von Anhang III des Freizügigkeitsabkommens (FZA) ist eröffnet. *
- Die Vernehmlassung zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Bildung, der Berufsbildung, der Jugend und der Mobilitätsförderung ist eröffnet. *
- Im Hinblick auf die Ratssitzung der Europäischen Weltraumorganisation ESA auf Ministerebene ist die Position der Schweiz zu den Entwürfen zu politischen Resolutionen und Programmausschreibungen im europäischen Raumfahrtbereich festgelegt.
- Die Botschaft zur Beteiligung der Schweiz an der neuen internationalen Forschungsorganisation im Bereich der Astroteilchenphysik, Cherenkov Telescope Array ERIC (CTA ERIC), ist verabschiedet. *

- Der Bericht «Nationale Roadmap Forschungsinfrastrukturen 2019» wird durch den Bundesrat zur Kenntnis genommen. *
- Die Verhandlungsmandate für die Schweizer Beteiligung an der 9. Programmgeneration der EU-Forschungsrahmmenprogramme sowie am Nachfolgeprogramm von Erasmus+ nach 2021 sind *nach Möglichkeit* verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Berichte «Eidgenössisches Berufsattest. Bilanz nach zehn Jahren» (in Erfüllung des Po. Schwaab 14.3740), «Voraussetzungen zur Ausübung von gewissen Berufen. Stand der Dinge» (in Erfüllung des Po. Nantermod 16.3754) gutgeheissen. *

Ziel 2: Die Schweiz sorgt zur Sicherung und zum Ausbau des Wohlstands für bestmögliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen und für die Erleichterung der Entfaltung des Digitalisierungspotenzials

- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Aufhebung der Industriezölle verabschiedet. *
- Die Wachstumspolitik für die nächste Legislaturperiode ist verabschiedet.
- Die Botschaft zur «Fair-Preis-Initiative» und dem dazugehörigen indirekten Gegenvorschlag wurde vom Bundesrat verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Standortförderung 2020–2023 verabschiedet. *
- Die Botschaft zur Änderung des Kartellgesetzes (KG) ist verabschiedet (Fusionskontrolle, Verbot von Preisparitätsklauseln). *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Agrarpolitik ab 2022 verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Änderungen der Verordnung über die Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen (VMWG) im Zusammenhang mit Vermietungsplattformen und dem Energiespar-Contracting verabschiedet.
- Die Konzeptphase hinsichtlich der Nutzung von Synergien beim Bundesamt für Wohnungswesen ist abgeschlossen.
- Der Bundesrat hat die Berichte «Bürokratieabbau durch Vereinfachung und Modernisierung des Arbeitsrechts» (in Erfüllung des Po. Herzog 15.3679), «Abbau von Regulierungskosten. Bonusorientierte Kontrollintervalle für Betriebe und Anlagen» (in Erfüllung des Po. de Courten 15.3117), «Abbau von Regulierungskosten. Lockerung von Dokumentations- und Archivierungsvorschriften» (in Erfüllung des Po. De Courten 15.3122), «Bericht über die Entwicklungsperspektiven des Alpenbogens aufgrund der veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen» (in Erfüllung des Po. Brand 15.3228), «Faires Verfahren beim Zugang zu geschlossenen Märkten des Bundes» und «Für einen funktionierenden Wettbewerb. Gegen wettbewerbsverzerrende staatliche Beihilfen» (In Erfüllung der Po. Caroni 15.3398 und FDP Liberale Fraktion 15.3387), «Ausländische Firmenübernahmen in der Schweiz. Ist die heutige Schrankenlosigkeit noch haltbar?» und «Investitionsprüfung bei ausländischen Investitionen» (in Erfüllung der Po. Bischof 18.3376 und Stöckli 18.3233) gutgeheissen. *

Ziel 3: **Die Schweiz nutzt Boden und natürliche Ressourcen schonend**

- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» verabschiedet. *

Ziel 4: **Die Schweiz leistet ihren Beitrag zu einer tragfähigen Weltwirtschaftsordnung und sichert der Schweizer Wirtschaft den Zugang zu internationalen Märkten**

- Der Bundesrat hat Entscheide zur Stärkung der Freihandelspolitik durch den Ausbau des Netzes von Freihandelsabkommen (FHA) und die Weiterentwicklung der bestehenden Abkommen gefällt. *
- Beschlüsse zur Positionierung der Schweiz im Reformprozess der WTO wurden vom Bundesrat gefällt. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Kapitalisierung der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) und der Internationalen Finanz-Corporation (IFC) der Weltbank-Gruppe verabschiedet. *

Ziel 5: **Die Schweiz erneuert und entwickelt ihre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur EU**

- Die Verhandlungen für ein institutionelles Abkommen sind abgeschlossen und die Botschaft ist verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat – unter Vorbehalt der Genehmigung des Beitrags durch das Parlament – zur Umsetzung des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten bilaterale Rahmenabkommen mit den Partnerländern beschlossen. *
- Die bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU sind umgesetzt, aktualisiert sowie fallweise weiterentwickelt, wobei insbesondere das Abkommen über den Abbau technischer Handelshemmnisse (MRA) von 1999 (Medizinprodukte) weitgehend revidiert wurde. *
- Beschlüsse entsprechend dem Fortgang der Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich sind getroffen und Botschaften betreffend die künftigen bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich verabschiedet. *

Ziel 6: Die Schweiz stärkt ihr Engagement für die internationale Zusammenarbeit und baut ihre Rolle als Gastland internationaler Organisationen aus

- Im Rahmen der Umsetzung der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 hat der Bundesrat Kernbeiträge an mehrere für die Schweiz prioritäre multilaterale Organisationen beschlossen, namentlich an den Green Climate Fund (GCF), die Beratungsgruppe für internationale Agrarforschung (CGIAR), den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) sowie das Gemeinsame Programm der Vereinten Nationen zu HIV / AIDS (UNAIDS). *
- Der Entwurf der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 ist erarbeitet und mit den interessierten Stellen konsultiert.

Ziel 7: Aufrechterhaltung der Schweizer Verteidigungsfähigkeit

- Die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz) ist verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» verabschiedet. *

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Ziel 1: Die Schweiz sorgt für bedürfnisgerechte, zuverlässige und solid finanzierte Verkehrsinfrastrukturen

- Der Bundesrat hat das Objektblatt für das künftige zivile Flugfeld Dübendorf verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die revidierte Verordnung über die Flughafengebühren verabschiedet.
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Ausführungsgesetzgebung zum Bundesbeschluss über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege eröffnet.
- Der Bundesrat hat vom Zwischenbericht zur Wirkungsanalyse von Mobility Pricing am Beispiel des Kantons Zug Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen betreffend Mobility Pricing entschieden.
- Zur Umsetzung der «technischen Säule» des 4. Eisenbahnpakets hat der Bundesrat die Eisenbahnverordnung angepasst und die Vernehmlassung zur Revision des Eisenbahngesetzes eröffnet.
- Der Bundesrat hat mit der Sammelbotschaft zur Umsetzung der Strukturellen Reformen eine Änderung des Bahninfrastrukturfondsgesetzes und des Eisenbahngesetzes zur tieferen Indexierung der Einlagen von Bund und Kantonen in den Bahninfrastrukturfonds verabschiedet.
- Der Bundesrat hat den Bericht «Marktordnung im Personenverkehr: Wie weiter nach dem Ablauf der SBB-Konzession 2017?» (in Erfüllung des Po. 14.3259 Regazzi) gutgeheissen. *

Ziel 2: Die Schweiz schafft die Rahmenbedingungen für ein effizientes Gesamtverkehrssystem

- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Teilnahme der Schweiz an der Agentur für das europäische Globale Navigationssatellitensystem (GNSS GSA) verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Teilrevision des Strassenverkehrsgesetzes eröffnet. Mit der Teilrevision wird eine Anpassung der Via-Sicura Massnahmen vorgeschlagen. Gleichzeitig werden die Grundlagen für die Regulierung von automatisierten Fahrzeugen geschaffen. *
- Der Bundesrat hat die Revision der Verordnungen zu den Verkehrsregeln und Signalisationsvorschriften verabschiedet.
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Reform des regionalen Personenverkehrs eröffnet. *
- Nach der Vernehmlassung zu den multimodalen Mobilitätsdienstleistungen hat der Bundesrat die Entscheide zum weiteren Vorgehen getroffen. *
- Der Bundesrat hat den Bericht zur Verkehrsverlagerung 2019 gutgeheissen. *
- Die Vision für die «Neue Luftraum- und Aviatikinfrastruktur-Strategie Schweiz» liegt vor.

- Der Bundesrat hat die Verordnung über Luftfahrzeuge besonderer Kategorien an die Europäische Drohnenregulierung angepasst.
- Im Rahmen der Überprüfung der Struktur und Aufgaben des ARE wurden die Optionen «Status Quo plus» und «Staatssekretariat für Infrastruktur» vertieft geprüft (Teilvorhaben der Strukturellen Reformen).

Ziel 3: Die wirtschaftliche, nachhaltige und sichere Energieversorgung der Schweiz ist gewährleistet

- Der Bundesrat hat die Botschaft zum Stromabkommen mit der EU *nach Möglichkeit* verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Stromversorgungsgesetzes verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum Gasversorgungsgesetz eröffnet. *
- Der Bundesrat hat über die Inkraftsetzung der «Strategie Stromnetze» entschieden und die nötigen Revisionen auf Verordnungsstufe verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat über die Revision der Stilllegungs- und Entsorgungsfondsverordnung entschieden. *
- Der Bundesrat hat über die Weiterführung des Pilot-, Demonstrations- und Leuchtturmprogramms zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 entschieden.
- Der Bundesrat hat den Bericht «CO_2-Reduktion durch Anschluss an das Fernwärmenetz» (in Erfüllung des Po. Graber 17.3253) gutgeheissen. *

Ziel 4: Die Schweiz nutzt Boden und natürliche Ressourcen schonend

- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Anpassung des Bundesgesetzes über den Wasserbau eröffnet. *
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Anpassung des Umweltschutzgesetzes eröffnet. Ziel der Anpassung ist die Umsetzung der Strategie der Schweiz zu invasiven gebietsfremden Arten. *
- Die Berichterstattung zur Umsetzung der Agglomerationspolitik 2016+ und zur Umsetzung der Politik der ländlichen Räume und Berggebiete ist erfolgt. *
- Die Verabschiedung des Sachplans Fruchtfolgeflächen durch den Bundesrat ist erfolgt. *
- Der Bundesrat hat den Bericht «Die Chancen der Kreislaufwirtschaft nutzen. Prüfung steuerlicher Anreize und weiterer Massnahmen» (in Erfüllung des Po. Vonlanthen 17.3505) und den Bericht «Umgang mit dem Bären in der Schweiz» (in Erfüllung des Po. Rusconi 12.4196) gutgeheissen. *

Ziel 5: **Die Politik bezüglich elektronischer Medien, Postwesen sowie Informations- und Kommunikationstechnologien ist weiterentwickelt und die Chancen der Digitalisierung werden genutzt**

- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Teilrevision des Postgesetzes mit Verbesserungen für Konsumentinnen und Konsumenten sowie Aufsichtsfragen eröffnet. *
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Teilrevision des Postorganisationsgesetzes betreffend Aufhebung des Kredit- und Hypothekarvergabeverbot von PostFinance eröffnet. *
- Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesgesetz über elektronische Medien verabschiedet. *
- Der Bundesrat hat die Empfehlungen der vom UNO-Generalsekretär geschaffenen «Groupe de haut niveau sur la coopération numérique» zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden. *
- Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Teilrevision der Postverordnung eröffnet. Damit werden Motionen zur Zustellung von Postsendungen umgesetzt.
- Die Revision der Verordnung über Fernmeldedienste betreffend Internetgeschwindigkeit (in Erfüllung der Mo. Candinas 16.3336) ist vom Bundesrat verabschiedet.
- Der Bundesrat hat die Revision der Postverordnung zur Festlegung von Preisobergrenzen für die reservierten Dienste gemäss Artikel 18 Absatz 3 Postgesetz verabschiedet.
- Zur Umsetzung der Strategie Digitale Schweiz ist der Dialog Digitale Schweiz organisiert. Damit werden die Vernetzung der Akteure sowie ein verbesserter Informationsaustausch sichergestellt. Eine nationale Konferenz mit den Anspruchsgruppen ist durchgeführt. Der Bundesrat ist über die Ergebnisse der Konferenz bzw. des Dialoges informiert.
- Vom Bericht und von den Empfehlungen der Arbeitsgruppe «Mobilfunk und Strahlung» zu den Bedürfnissen und Risiken beim Aufbau von 5G-Mobilfunknetzen wurde Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen wurde entschieden.